



**DIVA-Briefing Sommer 2021:  
Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2021  
Die Aussagen zu Rentenpolitik/Altersvorsorge, Kranken-/  
Pflegeversicherung, Banking/Finanzprodukte, Finanzberatung,  
Steuern und Abgaben**

**Analyse des Deutschen Instituts  
für Vermögensbildung und Alterssicherung**

**Teil I: Erläuterungen und Zusammenfassung**

**Stand Juli 2021**

Deutsches Institut für Vermögensbildung  
und Alterssicherung GmbH, Marburg

Geschäftsführer: Dr. Helge Lach, Lutz Heer

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Heuser

Verantwortlich für das DIVA-Briefing: Prof. Dr. Michael Heuser

Kontakt: Tel. 06421-59078-11 | [michael.heuser@diva.de](mailto:michael.heuser@diva.de)

Das DIVA ist ein An-Institut der Fachhochschule der Wirtschaft.

## DIVA-Briefing in zwei Dokumenten

Dieses DIVA-Briefing „Analyse der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2021“ besteht aus zwei Dokumenten:

Teil I: Erläuterungen und Zusammenfassung (dieses Dokument)

Teil II: Originalaussagen der Wahlprogramme, gegliedert nach politischen Themen (siehe unten)

## Analysierte Wahlprogramme

Es wurden die finalen Wahlprogramme derjenigen Parteien analysiert, die in der zu Ende gehenden Legislaturperiode im Bundestag vertreten waren und vermutlich auch im kommenden Bundestag vertreten sein werden. Die Analyse stützt sich auf folgende Dokumente:

**CDU/CSU:** Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021.

**SPD:** Das Zukunftsprogramm. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.

**FDP:** Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten.

**AfD:** Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag.

**DIE LINKE:** Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021.

## Gliederung der Analyse nach politischen Themen

Die Analyse greift diejenigen politischen Themen auf, die im besonderen Forschungsfokus des Deutschen Instituts für Vermögensbildung und Alterssicherung sind: Altersvorsorge und soziale Sicherungssysteme, Vermögensbildung, Geldanlage, Regulierung von Finanzmärkten, -institutionen, -produkten und -prozessen, Steuern und Abgaben im engeren Zusammenhang der DIVA-Themen, persönliche Beratung. Im Detail ist die Analyse nach folgenden Themen gegliedert:

### 1. Rentenpolitik / Altersvorsorge

#### 1.1 Grundsätzliches zum Altersvorsorgesystem

##### 1.1.1 Grundsätzliches

#### 1.2 Gesetzliche Rentenversicherung

##### 1.2.1 Beitragssatz / Renteneintrittsalter / Sicherungsniveau / Steuerzuschuss, -finanzierung

##### 1.2.2 Zuverdienstgrenzen

##### 1.2.3 Kreis der Einbezogenen / Behandlung von Selbständigen, freien Berufen, Beamten, Mandatsträgern

##### 1.2.4 Rentenformel / Nachhaltigkeitsfaktor / Nachholfaktor

##### 1.2.5 Bemessungsgrundlage Beiträge / Beitragsbemessungsgrenze

##### 1.2.6 Freiwillige Einzahlungen

- 1.2.7 Kapitalmarktbasierende Komponenten der gesetzlichen Altersvorsorge
- 1.2.8 Doppelbesteuerung Renten
- 1.2.9 Sonstiges zur Gesetzlichen Rente
- 1.3 Betriebliche Altersvorsorge
  - 1.3.1 Betriebliche Altersvorsorge
- 1.4 Staatlich geförderte private Altersvorsorge; Riester-, Rürup-Rente
  - 1.4.1 Riester-, Rürup-Rente
  - 1.4.2 Standardisiertes Angebot privater Altersvorsorge
  - 1.4.3 „Portabilität“
  - 1.4.4 Anlagevorschriften

## **2. Kranken- und Pflegeversicherung**

- 2.1 Grundsätzliches zum Kranken- / Pflegeversicherungssystem
  - 2.1.1 Grundsätzliches
- 2.2 Gesetzliche Krankenversicherung
  - 2.2.1 Kreis der Einbezogenen / Behandlung von Selbständigen, freien Berufen, Beamten, Mandatsträgern
  - 2.2.2 Bemessungsgrundlage Beiträge / Beitragsbemessungsgrenze
  - 2.2.3 Selbstbehalte, Beitragsrückerstattungen, Bonuszahlungen GKV
- 2.3 Pflegeversicherung
  - 2.3.1 Pflegezusatz- / -vollversicherung
  - 2.3.2 Eigenanteile
  - 2.3.3 Steuerzuschüsse
- 2.4 Private Krankenversicherung

## **3. Banking und Finanzprodukte**

- 3.1 Grundsätzliches zu Banken, Finanzprodukten und Bankensystem
- 3.2 Aufsicht, Kontrolle, Regulierung
- 3.3 Kosten von Finanzprodukten
- 3.4 ESG / Nachhaltigkeit / Zertifizierung Finanzprodukte / Vorgaben Produktinformationen
- 3.5 Aufbau von Wohneigentum
- 3.6 Kapitalmarktbasierende Geldanlagen
- 3.7 Mitarbeiterbeteiligung

## **4. Finanzberatung**

- 4.1 Grundsätzliches zum System der Finanzberatung
- 4.2 Berufsbild Finanzberater
- 4.3 Aufsicht Finanzberater
- 4.4 Provisions- und Honorarberatung

## **5. Steuern und Abgaben**

- 5.1 Grundsätzliches zum Steuer- und Abgabensystem
- 5.2 Einkommensteuer inkl. Solidaritätsbeitrag
- 5.3 Sparerfreibetrag
- 5.4 Vermögenswirksame Leistungen
- 5.5 Spekulationsfrist Veräußerungsgewinne
- 5.6 Steuerliche Abzugsfähigkeit von Gehältern
- 5.7 Erbschaftsteuer
- 5.8 Finanztransaktionssteuer
- 5.9 Vermögensteuer
- 5.10 Unternehmensbesteuerung
- 5.11 Weitere Steuern und Abgaben
- 5.12 Nachrichtlich: Staatshaushalt / Schuldenbremse

## Zusammenfassung

Die Programme der Parteien zur Bundestagswahl weisen in den hier analysierten Themen der sozialen Sicherungssysteme, der Vermögensbildung und der persönlichen Beratung deutliche konzeptionelle Unterschiede auf:

- ▶ Sozialdemokraten, Grüne und Linke streben Pflichtsysteme der sozialen Sicherung für alle an („Bürgerversicherung“, „Solidarische Versicherung“ u.ä.).
- ▶ Unionsparteien und Freie Demokraten legen einen Fokus auf aktienbasierte Altersvorsorge; die Grünen verfolgen mit ihrem „Bürgerfonds“ wohl ähnliche Ziele.
- ▶ Die Zukunft des Riester-Sparens ist weiter ungewiss; alle Parteien äußern Vorbehalte oder lehnen das aktuelle Modell sogar rundweg ab (z.B. Grüne: „völliger Fehlschlag“; Linke: „gescheitert“).
- ▶ Grüne und Linke wollen die Provisionsberatung in der Finanzberatung abschaffen.

### „Bürgerversicherungen“ zur Reform der sozialen Sicherungssysteme

Zur Reform der sozialen Sicherungssysteme setzen SPD, Grüne und Linke in Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung auf staatliche Systeme und streben „Bürgerversicherungen“ an, die für alle Bürgerinnen und Bürger obligatorisch sind. Die herkömmliche staatliche Förderung privater Altersvorsorge und die private Krankenvollversicherung sollen abgeschafft werden. Die staatlichen Umlagesysteme sollen auf dem aktuell relativ hohen Leistungsniveau (Rentenzahlungen) und auf derzeitigem Belastungsniveau (Beiträge, Renteneintrittsalter) stabilisiert oder gar für breite Bevölkerungsgruppen ausgebaut werden. Die immensen finanziellen Herausforderungen des gerade beginnenden Renteneintritts der geburtenstarken Babyboomer und der langfristigen demografischen Verschiebungen von Jung nach Alt sollen mit steigenden Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt bewältigt werden. Unerwähnt bleibt: Dieser massive Stresstest für die öffentlichen Haushalte wird vermutlich zu höheren Steuern und/oder steigender Staatsverschuldung führen.

Die AfD schlägt vor, für jedes Kind 20.000 Euro eingezahlte Rentenversicherungsbeiträge zu erstatten, ohne dass sich die Rentenansprüche verringern.

### Altersvorsorge durch Produktivvermögen

Eine weitere Herausforderung der Alterssicherungssysteme ist das akute Nullzinsumfeld. Vor allem CDU/CSU und FDP und mit Abstrichen auch die Grünen setzen hier auf aktienbasierte Altersvorsorge. Die Union will mit einer „Generationenrente“ einen staatlichen Monatsbeitrag von der Geburt bis zur Volljährigkeit in Produktivvermögen ansparen und bis zum Renteneintritt anlegen. Die FDP will mit einer „Gesetzlichen Aktienrente“ einen Teil der heutigen Rentenbeiträge dem Umlageverfahren entziehen und das Geld aktienbasiert investieren. Darüber hinaus wollen die beiden Parteien private Vorsorge weiter stärken, allerdings nicht mehr mit zinsabhängigen und deshalb unrentablen Garantieprodukten, sondern über die Renditechancen von Aktien und Aktienfonds. Ob die Grünen so weit gehen wollen, bleibt unklar, wenngleich ihr öffentlich verwalteter „Bürgerfonds“ so verstanden werden kann. Der Fonds, in den alle einzahlen, wenn sie nicht aktiv widersprechen, soll „langfristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen“ und vorrangig in nachhaltige Geldanlagen investieren.

## **Zukunft des Riester-Sparens**

Das schlechte Image des Riester-Sparens hinterlässt erkennbar Spuren in den Wahlprogrammen. Die Zukunft der Riester-Rente erscheint ungewisser denn je. Die Union will das Modell durch ein obligatorisches Standardprodukt mit Opt-out-Möglichkeit und ohne Abschlusskosten ersetzen. Ähnliches hat die SPD vor, die sich an der Europarente PEPP (= Pan-European Personal Pension Product) orientiert. Die FDP will das Riester- und das Rürup-Sparen in einem „Altersvorsorge-Depot“ zusammenführen. Nach den Vorstellungen der Grünen sollen das Riester- und das Rürup-Modell im Bürgerfonds aufgehen. Die Linke will den vorhandenen Bestand in die gesetzliche Rentenversicherung überführen.

Keine der Parteien will dem Riester-Sparen eine Zukunftschance geben, indem sie bereits ausgearbeitete und durchaus tragfähige Reformvorschläge aufgreift. Schon eine Absenkung der Bruttobeitragsgarantie könnte verhindern, dass prinzipiell attraktive Angebote mehr und mehr vom Markt verschwinden. Es steht zu befürchten, dass sich ein durchaus vernünftiges Förderkonzept durch politisches Nichtstun von selbst erledigen wird.

## **Provisionsberatung auf dem Prüfstand**

Nach den Wahlprogrammen der Grünen und der Linken soll es künftig Finanzberatung, die über Provision vergütet wird, nicht mehr geben. Beide Parteien wollen sie durch „unabhängige Honorarberatung“ (Grüne), die vom Kunden zu zahlen ist, sowie durch „unabhängige Finanzberatung durch Verbraucherzentralen“ (Linke) ersetzen. Dazu wollen die Grünen eine gesetzliche Honorarordnung und „zusammen mit den Verbraucherzentralen und der Branche Honorarmodelle (Ratenzahlungen, Flatrates) entwickeln“.

Branchenverbände weisen auf die doppelte Problematik dieser Pläne hin. Finanzberatung würde für die Kunden deutlich teurer; jede Leistung müsste separat abgerechnet und anders als heute auf das Honorar Umsatzsteuer gezahlt werden. Beratung würde für Kunden immer weniger erschwinglich. Zudem stünde, wenn nur noch Beratung gegen Honorar möglich wäre, zu erwarten, dass viele Kunden überhaupt auf Beratung verzichten. Einer Viertelmillion Berater und Vermittler würde die über Jahrzehnte etablierte Einkommensbasis entzogen werden. Es sei damit zu rechnen, dass bei Abschaffung der Provisionsberatung mindestens viele Vermittler ihre wirtschaftliche Existenz verlieren würden.

Die anderen Parteien bleiben in diesem Thema unbestimmt (Union, SPD) oder schweigen sich aus.

## **Originalaussagen der Wahlprogramme zu den politischen Themen der „Inhaltlichen Gliederung“ (siehe oben)**